

Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll zu TOP 51 und 52

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

93. Sitzung
11. August 2021

Beginn: 12.23 Uhr
Schluss: 18.20 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Bildung, Jugend und Familie – 10

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf

Punkt 51 der Tagesordnung

Schreiben SenBildJugFam – ZS B – vom 04.08.2021 [3698](#)
Zustimmung zur Entnahme aus der Rücklage zur Haupt
Finanzierung verschiedener Maßnahmen zum
Gesundheitsschutz in Schulen und Kitas
gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz
2020/2021

Ich begrüße Frau Staatssekretärin Stoffers! – Gibt es Wortmeldungen? – Frau Jasper-Winter!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Herzlichen Dank! – Es sollen weitere mobile Luftreinigungsgeräte angeschafft werden. Die Frage ist natürlich, wie schnell sie in den Schulen ankommen und dort eingebaut werden. Haben Sie darüber Erkenntnisse? Wir haben bisher nur einen Teil der bislang beschafften Geräte tatsächlich in den Schulen. Uns interessiert: Wie viele sind es Stand heute? Mit welcher Schnelligkeit – in Anführungsstrichen – rechnen Sie denn damit, diese weiteren 3 000 Geräte, die beschafft werden sollen, tatsächlich an die Schulen zu bringen?

Der zweite Komplex sind die Lollitests. Jetzt soll überlegt werden, oder soll ein Pilot durchgeführt werden. In anderen Bundesländern sind Piloten bereits durchgeführt worden. Aus

welchem Grund gehen Sie da so vorsichtig heran? – Die Situation eilt in gewisser Weise, weil sich vor allem in den Kitas die Übertragungen jetzt noch schneller durch die Deltavariante ergeben können, die Kinder noch nicht geimpft sind, nicht wie an den Schulen regelmäßig die Tests stattfinden. Aus welchem Grund wird hier jetzt erst einmal ein Pilot gemacht, mit einer relativ geringen Anzahl PCR-Testungen? Wann startet der Pilot?

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Staatssekretärin – bitte!

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam): Sehr geehrte Abgeordnete! Herzlichen Dank für diese beiden wichtigen Fragen, die Sie gestellt haben. Bei den Luftreinigungsgeräten ist Berlin schnell, schneller als viele andere Bundesländer. Sie wissen, dass wir uns momentan in Verhandlungen mit dem Bund befinden. Der Bund hat 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Nach dem Königsteiner Schlüssel wird Berlin ungefähr 10,3 Millionen Euro davon erhalten.

Nichtsdestotrotz haben wir uns schon auf den Weg gemacht. Sie wissen, dass wir 8 000 Geräte bereits ausgeliefert haben. Sie sprachen die vierte Tranche an. Die 3 000 Geräte, die – da möchte ich einen ausdrücklichen Dank an die BIM richten und auch an die Finanzverwaltung – sind jetzt schon in der Beschaffung. Das heißt, ab dem 18. August gehen die 3 000 weiteren Geräte in die Auslieferung. Für uns ist wichtig, das möchte ich hier ausdrücklich betonen, dass wir von den Bundesmitteln profitieren. Berlin setzt sich sehr dafür ein, dass wir bei der Verwaltungsvereinbarung, die derzeit behandelt wird, nicht nur schlecht belüftbare Räume mit Luftreinigungsgeräten ausstatten können, sondern auch andere Räumlichkeiten. Wir denken, das ist eine sinnvolle Ergänzung. Wir möchten das, was wir hier an finanziellen Mitteln in die Hand nehmen, gegenrechnen können. Das wird wahrscheinlich nur mit der vierten Tranche möglich sein, weil wir im Vorherein Anschaffungen getätigt haben. Aber so wie es jetzt aussieht, können alle Anschaffungen, die seit dem 14. Juli dieses Jahres getätigt worden sind, in das Bundesprogramm paritätisch mit eingerechnet werden.

Ein Punkt, den ich hier ansprechen möchte: Wenn man sich die Verwaltungsvereinbarung anschaut, dann steht dort drin, dass es hier um Luftreinigungsgeräte für Kinder unter 12 Jahren gehen soll, weil diese nicht geimpft werden können. Ich hoffe, wir sind uns hier einig, dass auch an den weiterführenden Schulen Kinder sind, die dieser Altersgruppe entsprechen können, weil sie zum Beispiel früher eingeschult worden sind. Deshalb bin ich der Auffassung, dass wir hier ein Gegenrechnen der vierten Tranche ermöglichen können, um Bundesmittel abschöpfen zu können. Berlin ist aber mit den Geräten, die wir jetzt anschaffen, an der Spitze bezüglich der Auslastung pro Klassenraum.

Ihre weitere Frage bezog sich auf die Lollitestung. Warum sind wir da vorsichtig? – Meine Information nach Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen der Länder lautet, dass auch durchaus andere vorsichtig sind bei der Pilotierung und bislang NRW diesen Weg geht. Ich habe mir das Konzept von NRW sehr genau angeschaut. Wir müssen uns bei den Vorteilen, die diese Tests definitiv für kleine Kinder haben, die Methodik anschauen und überprüfen, ob sie denn so sinnvoll in der Anwendung ist. Sie hängt von den Kapazitäten der Labore ab. Wenn wir wieder steigende Inzidenzen in Berlin haben sollten, dann stehen die Bildungseinrichtungen auf Platz vier bei den Auswertungen. Mir haben die Labore im Gespräch gesagt, wir saßen mit der Gesundheitsverwaltung und den Laboren zusammen und haben diesbezüglich das Procedere besprochen: Wir müssen bei steigenden Inzidenzen dieses Projekt

wieder ausschleichen. Dieses Wort „ausschleichen“ an der Berliner Schule, das ist nicht das, was ich mir vorstelle. Ich möchte ganz präzise Aussagen haben, bis zu welcher Inzidenz können die PCR-Tests sofort durchgeführt werden, vielmehr bis wann erwarten wir Ergebnisse.

Wenn Sie sich die Konzeption von NRW anschauen, die ist öffentlich, dann werden Sie feststellen: Am Morgen wird getestet und die Schulen bekommen bis zum nächsten Morgen um 6 Uhr die Ergebnisse. Jetzt stelle ich mir vor – ich habe selber drei Kinder, zwei davon sind noch schulpflichtig –, ich bekomme morgens um 6 Uhr den Anruf meiner Schule, die ganze Lerngruppe muss in Quarantäne, weil eine Positivtestung dabei ist. Das zu organisieren, ist eine Sache. Deswegen geht es bei der Pilotierung auch um die Akzeptanz. Es geht natürlich auch darum, dass Eltern im Blick haben müssen: Wenn wir diese Testungen anwenden, dann kann es sein, dass das eigene Kind vielleicht gar nicht positiv ist, aber für die Zeit der Nachtestung muss es mit in Quarantäne. Deswegen machen wir hier ein Untersuchungsdesign, nicht allein, denn wir sind nicht die Mediziner in der Bildungsverwaltung, sondern wir lassen uns von der Gesundheitsverwaltung beraten, wie dieser Pilot aufgesetzt wird, und gehen dann mit den ersten 25 Grundschulen in den Versuch, möglichst bald, daran habe ich Interesse. Denn wenn es schnell gehen sollte, ist es eine sehr gute Alternative zu den Schnelltests.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Weiß – bitte!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Staatssekretärin! Ich habe Bezug nehmend auf Ihre Aussage zu den Luftfiltern nur noch mal die Nachfrage, was denn die angedachte Zielsetzung von Ihnen ist. Wir haben mit Stand der vierten Tranche, in der Sie 3 000 weitere Luftfilterreinigungsgeräte anschaffen wollen, dann insgesamt 11 000 für Berlin angeschafft. Was ist Ihre Zielsetzung? Wie viele Geräte sollen noch folgen? Was wird uns das kosten? Reichen dafür dann auch die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel aus?

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Wenn die vierte Tranche die ist, die wir jetzt kaufen, und diese vierte Tranche zur Kofinanzierung der Bundesmittel brauchen, dann versteh ich die rote Nummer nicht ganz. Aber bevor wir uns in Details vertiefen, könnten Sie sagen, ob die, wenn ich es richtig verstanden habe, die konkreten Verwaltungsvereinbarungen mit dem Bund noch nicht ganz fertig sind? Würde es Sinn machen zum nächsten Mal oder zur letzten Hauptausschusssitzung definitiv zu berichten, inwieweit diese 10,9 Millionen Euro kommen, unter welchen Bedingungen und inwieweit diese jetzt angeschafften 3 000 Geräte dann auch als Kofinanzierung angerechnet werden müssen und insofern die Summe, die wir jetzt einsetzen, mit den Mitteln gegengerechnet werden kann, sondern die 10,9 Millionen Euro dann definitiv zusätzlich zu den jetzt bereitgestellten 4,9 Millionen Euro aus der Rücklage kommen müssten, weil der Bund das so verlangt – oder nicht? Aus Schulsicht wäre Letzteres wünschenswert, denn dann hätte man alle Klassenräume versorgt. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Jasper-Winter!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Jetzt stellen sich für mich noch mehr Fragen. Frau Staatssekretärin! Bei den Lollitests, wenn das Ergebnis am nächsten Tag um 6 Uhr morgens vorliegt, es gibt immer, wenn getestet wird, in gewisser Weise einen Überraschungsmoment für Eltern. Das gibt es jetzt ja auch schon in Grundschulen. Das ist immer noch besser als eine

völlige Ungewissheit. Ein Laufenlassen in diesem Bereich, der die Kleinsten betrifft, die als Letzte die Möglichkeit haben werden, sich impfen zu lassen, und dann im Herbst auf sehr engem Raum naturgemäß in den Kitas, sicher auch in engerem körperlichem Kontakt als in den Schulen, das Argument ist für mich nicht nachvollziehbar. Die Auswertungskapazitäten in den Laboren, vielleicht können Sie dazu etwas sagen, dass dann die Kitas oder Grundschulen an Platz 4 stünden, erschließt sich mir eigentlich auch nicht. Dann müsste man tatsächlich zu einer anderen Wertung kommen und Kindern, die letztlich die große ungeschützte Gruppe sind, dieser Gruppe diese Priorität einräumen. Inwieweit sehen Sie Möglichkeiten, hier die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen?

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Ubbelohde!

Carsten Ubbelohde (AfD): Ich bin es im Grunde müde, immer mantraartig zu wiederholen, was eigentlich hier jeder wissen müsste. Es gibt genügend Studien, die belegen, dass diese Gruppe, über die Sie hier gerade gesprochen haben, nicht zu schützen ist, weil diese Gruppe der Kleinkinder und der Kinder mittleren Alters schlicht und ergreifend so gut wie gar keine ernsthaften Erkrankungen in diesem Infektionsgeschehen bekommen können. Von daher sind diese Diskussionen, die wir hier führen, unsinnig und in höchstem Maße ermüdend. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Wir beide haben ja nicht miteinander geredet, aber zufälligerweise habe ich schon einmal nach Ihnen geredet, Herr Kollege. Die SPD-Faktion hat dezidiert eine andere Auffassung. Es trifft zu, dass es eine statistische Unterschiedlichkeit gibt und dass in Berlin, aber das bedauern wir gleichwohl ausdrücklich, erst neun Minderjährige verstorben sind an Covid. Jedenfalls ist das der Stand heute Nachmittag. Das trifft zu. Es sind mehr Erwachsene verstorben als die neun Minderjährigen, aber die sind mir auch neun zu viel. Ansonsten bin ich jetzt kein Mediziner, um über Long Covid und dergleichen mehr zu reden, aber es ist eben ganz überwiegende Auffassung, dass diese Kinder Infektionen weitertragen können. Wenn Sie da eine andere Einschätzung haben, nehmen wir das zur Kenntnis. – Das ist der analytische Teil.

Der politische Teil ist, wir müssen uns darauf verständigen, das hat der Senat gerade angedeutet, erstens: Berlin ist den Weg gegangen als das noch umstritten war, in den Schulen zu testen. Das ist vielerorts bis zu den Oberverwaltungsgerichten beklagt worden. Nach meiner Erkenntnis ist dieser Weg gerichtsfest, bisher. Ich kenne jedenfalls kein abweichendes Urteil.

Zweitens: Wir haben relativ hohe Testkapazitäten im Schulsystem und dafür auch viel Geld ausgegeben. Das ist jetzt sogar nach den Ferien, wenn ich das richtig verstanden habe, auch noch verstärkt worden, und das ist auch bevorratet. Jetzt gibt es hinsichtlich eines anderen Tests, einer anderen Testkonfiguration, Lolli, aus einem Bundesland eine Anregung, die andere Bundesländer noch nicht anwenden, aber testen. Damit bin ich auch einverstanden, wenn uns das nach vorne bringt.

Dann haben wir noch das Lüfterthema. Solange wir kein Medikament haben und keine Impfzulassung für unter Zwölfjährige, und die von über Zwölfjährigen ist ja durchaus auch noch kontrovers, wenn man an die STIKO denkt, haben wir in der Politik nur die beiden Stellschrauben, wenn wir die Kinder im System Schule lassen wollen. Also drei: Entweder man

leugnet, wie das die AfD tut, und es gibt keinen Handlungsbedarf aus Sicht der AfD und die Kinder müssen nicht geschützt werden, oder aber wir können Lüftungsgeräte vorhalten und wir können ein Testregime vorhalten. Aber die politische Verständigung ist: Soll aus diesem Parlament heraus, aus diesem Hauptausschuss, da muss man einfach Klarheit haben und nicht fabulieren, dafür Sorge getragen werden, dass wir die Lüftungsgeräte in allen Klassenräumen haben, selbst in denen, die zutreffend belüftet werden, und dann natürlich auch in denen, für die die Eltern schon eigene angeschafft haben und selbstverständlich kapazitativ auch in denen, in denen die Schulen die Dinger gar nicht haben wollen? Denn auch solche Nachrichten erreichen mich, dass Schulen, was weiß ich, mit welchen Gremienvorbehalten, die nicht einsetzen. Das kostet natürlich noch mehr Geld. Bisher haben wir uns verabredet, wir kaufen. Jetzt sind wir bei der vierten Tranche. Das waren immer politische Konsensverabredungen und die sind auch alle hier durch den Hauptausschuss gelaufen. Ich kann mich noch an einen Wortbeitrag vom Kollegen Goiny erinnern, das war im Frühjahr, dass er gesagt hat: Wir glauben nicht, dass Covid im Herbst vorbei ist. Also kaufen Sie – was war das? – ein Konsultationsverfahren – eine weitere Tranche. – Das war der Weg, wie wir auf 8 000 gekommen sind. Jetzt kommt der Senat heute mit weiteren 3 000.

Ich halte es für ungeeignet, in zwei weiteren Wochen oder zwei Monaten dem Senat vorzuhalten: Du hättest nicht nur 11 000, sondern, was weiß ich, 15 000 kaufen müssen. – Darüber hätte ich gerne heute Klarheit. Für uns, für die SPD, besteht diese Klarheit seit geraumer Zeit. Wir wollen politisch in jedem Klassenzimmer ein Lüftungsgerät, und mit Ihnen von der AfD wollen wir darüber nicht reden, weil wir uns da nichts erwarten. Das wird Geld kosten. Dazu sind wir bereit, auch in einem Konsultationsverfahren. Aber, ich möchte das heute von allen Fraktionen wissen und nicht in der Zeitung lesen, warum habt ihr dies nicht und jenes nicht getan. Das halte ich für eine ungeeignete Auseinandersetzung auf dem Rücken der Kleinen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Ubbelohde!

Carsten Ubbelohde (AfD): Herr Schneider! Die von Ihnen gemachte Aussage, Sie wollen mit uns über bestimmte Dinge nicht reden, ist nicht nur unkollegial, das ist geschenkt, Kollegialität erwarte ich von Ihnen nicht. Es ist im höchsten Maße totalitär und es beinhaltet eine Demokratiegesinnung, die sehr bedenklich ist. Ich finde es selbstverständlich, dass wir über diese Dinge grundsätzlich miteinander reden. Zumal wenn ich Ihre Studie, Herr Schneider – Ihre Studie! –, die Sie als Koalition in Auftrag gegeben haben für 2,5 Millionen Euro, die Sie beim letzten Mal, als Sie sich süffisant drüber hergemacht haben, noch nicht einmal gelesen hatten, als Sie sich darüber geäußert haben – das zum Thema Faktenignoranz –, wenn Ihre Studie sagt, dass bei einer ganz erheblichen Zahl von getesteten Personen über einen Zeitraum von einem Dreivierteljahr gerade einmal eine Handvoll Kinder überhaupt eine gewisse Relevanz in Form einer Erkrankung ausgebildet haben, und in der Studie der Charité steht, dass im Grunde das Infektionsgeschehen von diesen infizierten Kindern gegenüber Erwachsenen, gegenüber dem Lehrpersonal geringfügig ist, in einer Größenordnung von sieben, acht Personen, nur über diese Zahl sprechen wir hier, dann zeigt es doch, dass hier die Ignoranz gegenüber den eigenen Fakten vorhanden ist und die Leugnung der Tatsachen durch Sie erfolgt. Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass um ein, zwei, drei bedauernswerte Todesfälle bestimmt auch in der Altersgruppe der unter Neunjährigen, die möglicherweise auch entstanden sind, weil sie grundsätzlich ganz schwere Erkrankungen hatten, zum Beispiel eine Krebs-erkrankung, und dass dann eine Coronainfektion natürlich das Geschehen verstärkt, dass um diese Menschen zu schützen, Sie in jedem Klassenzimmer ein Lüftungsgerät aufstellen wol-

len, in jedem Klassenzimmer testen wollen, Kinder impfen wollen und Ähnliches, das ist weitab jeglicher Vernunft, jeglicher Verhältnismäßigkeit. Das ist das, was wir zu Recht kritisieren – und mit uns übrigens eine ganze Menge Menschen draußen auch.

Torsten Schneider (SPD): Ich danke Ihnen, dass Sie noch einmal bestätigt haben, warum mit Ihnen keiner reden will.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich will mich auf diese Zwiesprache gar nicht einlassen. – Ich wollte nur Herrn Schneider unterstützen und glaube, ich kann für die ganze Koalition sagen, unser definiertes Ziel ist das, was Herr Schneider gerade gesagt hat, nämlich in jedem Klassenzimmer einen Luftfilter zu haben. Nur daher rührte meine kleine Irritation. Aber ich glaube, die Irritation ist unnötig, weil wir mit Freude heute diese Mittel freigeben und dann die klare Erwartung haben, dass ohnehin der Bund nichts anderes zulassen wird als dass die Bundesmittel für zusätzliche weitere Anschaffungen benutzt werden und wir dann an dem Ziel auch ankommen werden in der Hoffnung, dass die Beschaffungen dann auch möglich sind, die eben nur in Chargen beschafft werden können aufgrund der Auftragslage. Anders als andere Kollegen im Haus steht diese Koalition definitiv für einen maximalen Gesundheitsschutz, nicht nur für die kleinen Kinder, sondern übrigens auch für die Beschäftigten, die in diesen Klassen arbeiten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Melzer – bitte!

Heiko Melzer (CDU): Ich finde es zunächst einmal spannend, dass ausgerechnet die AfD-Fraktion mit dem Vorwurf der Faktenfreiheit, Demokratiedefizit haben Sie auch noch in den Raum gestellt, und anderen Begrifflichkeiten operiert. Vielleicht einfach mal an die eigene Nase fassen.

Zu den Luftfiltern will ich aber sagen, insofern auch Frau Staatssekretärin noch mal in den Blick nehmen: Sie haben vorhin ausgeführt, dass nun schon 3 000 weitere in der Bestellung seien und die schon im Herbst verfügbar seien etc. pp. Wir halten diese 3 000 für notwendig, wir halten nur das „schon“ für falsch. Das „schon“ müsste „endlich“ heißen. Die Kritik kennen Sie von meiner Fraktion. Wir sind der Auffassung, dass Berlin viel früher hätte bestellen müssen. Das haben wir auch im Parlament, im Hauptausschuss, im Plenum, immer wieder über Sachanträge, die die Koalition abgelehnt hat, deutlich gemacht. Jetzt können wir in den Rückspiegel gucken und meckern. Das hilft uns aber auch nicht wirklich weiter. Also gucken wir gemeinschaftlich nach vorn.

Damit bin ich beim Kollegen Schneider, der wissen wollte, das sage ich ihm gern für die CDU-Fraktion, wie die einzelnen Fraktionen zu weiteren Beschaffungen stehen. Kollege Goi ny wurde schon zitiert. Wir können am nächsten Donnerstag auch im Plenum darüber sprechen. Wir haben nämlich beantragt, weitere Luftfilter zu beschaffen, über diese 3 000 hinaus. Warum? – Weil wir eine flächendeckende Auslastung in allen Räumen, die zur Beschulung bereitstehen, haben wollen, weil am Ende, wenn die These stimmt, ich wiederspreche der nicht, dass wir die Luftfilter brauchen, um Sicherheit für die Kleinsten herzustellen, um eine sicherere Beschulung herzustellen, verlässlich Präsenzunterricht zu organisieren. Das wollen wir alle, vielleicht nur fast alle, das weiß ich nicht genau, wir wollen es zumindest, dann brau-

chen wir solche Instrumente jenseits des Fensteröffnens. Wenn dann immer noch – und nicht schon! – zu wenig Luftfilter da sind, heißt das nichts anderes, wenn man diese These, wie die SPD-Fraktion offensichtlich auch, unterstützt, dass wir weitere Luftfilter beschaffen müssen. Nicht schon, sondern endlich. Deswegen können diese 3 000 nur ein Schritt gewesen sein. Wir müssen im Grunde als Land Berlin sehr kurzfristig, unverzüglich weitere bestellen. Wir beantragen das als CDU-Fraktion im nächsten Plenum und ich bin gespannt, wie sich die Koalition dazu stellt.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): „Schon“ oder nicht, ich habe die Staatssekretärin richtig verstanden, wir sind mit Sicherheit bundesweit an einem vermutlich absolutem Spaltenplatz, das kann dann die Staatssekretärin noch einmal einschätzen, was die Bereitstellung pro vorhandenen und beschulten Raum anbelangt.

Wenn wir uns hier so einig sind, weitestgehend einig sind, dann wollte ich dem Kollegen Melzer nahebringen, dann ist das vielleicht ein Punkt für einen gemeinsamen Hinweis an den Senat. Ich habe die Koalition so verstanden, auch in der Vorbesprechung, dass es da keine Meinungsverschiedenheiten gibt, und da brauchen wir, wenn wir uns so einig sind, das können wir auch mit einem Parlamentsantrag machen, aber ich sage ja, dieses Thema, wo wir analytisch einen gemeinsamen Weg gehen, wo wir auch in vielen Telefonaten auf unserer Ebene, ruckzuck Dinge anschaffen, das eignet sich nicht für einen Wettlauf. Deswegen glaube ich, das können wir entweder hier machen oder von mir aus auch mit einem Parlamentsantrag aller fünf Fraktionen. Wenn da ein analytisches Defizit besteht, ist das das Gebot der Stunde.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Stoffers – bitte!

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam): Danke schön! – Sehr geehrte Abgeordnete. Ich habe viele Statements wahrgenommen und nicht nur Fragen. Deshalb nehme ich nur einige Dinge heraus. Geschätzte Frau Jasper-Winter! Sie haben von Ungewissheit gesprochen, die man schnell beseitigen müsse. Da gebe ich Ihnen absolut recht. Im Kitabereich haben wir anlassbezogen getestet. Aber wenn ich mir Kita und Schule anschau, dann sind das doch zwei ganz unterschiedliche Pilotierungen, die wir durchführen, denn wir haben mit der Schnelltestung relativ schnell einen Verdachtsfall, nämlich innerhalb von 15 Minuten, und bei einer PCR-Pooltestung, die auch nur bei einem positiven Ergebnis als Verdachtsfall gilt, kann es eben je nach Schnelligkeit der Labore dauern. Weil Sie über die Gruppierung sprachen, in der Bildungseinrichtungen stehen: Das ist die nationale Teststrategie. An die müssen wir uns alle halten.

Ich bin offen bezüglich dieser beiden Pilotierungen. Wir wollen die Ergebnisse abwarten. Die Pilotierung an den Kitas endet am 31. August. Wir werden sowohl die Ergebnisse der einzelnen Testungen als auch die Akzeptanz der Eltern, Träger sowie der Logistik auswerten und Weiteres mehr. Gleichermaßen machen wir mit den Schulen.

Bezüglich der Luftreinigungsgeräte: Die Auslieferung ist nicht im Herbst, wenn ich sage, dass wir am 18. August ausliefern. Zumindest ist das für mich nicht Herbst. Die BIM liefert in der kommenden Woche sukzessive aus. Dafür danke ich bereits.

Es handelt sich um eine Verwaltungsvereinbarung des Bundes, die noch nicht unterzeichnet ist. Wir hoffen sehr, dass wir in einem Stadium sind, wo wir sagen können, in Kürze kann Berlin von den 10,379 Millionen Euro profitieren. Wenn man die vierte Tranche mit einbeziehen kann, dann stünden noch 5,4 Millionen zur Verfügung. Es ist immer eine paritätische Finanzierung, die hier vorliegen muss. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Weiß!

Thorsten Weiß (AfD): Frau Staatssekretärin! Wären Sie so nett, meine Fragen noch zu beantworten?

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Klar, Kollege Weiß kann noch mal darauf hinweisen, dass Fragen zu beantworten sind. Aber die politische Logik, wie ich sie verstehe nach einigen Tagen hier im Parlament, ist doch so, dass es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststeht, dass fünf Fraktionen dieses Hauses den Senat – in welcher Weise, ob hier oder im Plenum – auffordern werden, weitere Luftfiltergeräte anzuschaffen, und zwar unabhängig davon, ob eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund unterschrieben wird oder nicht, und auch unabhängig vom Verfahren, Nachtragshaushalt wird dafür nicht nötig sein, aber wahrscheinlich ein Konsultationsverfahren. Das wird ja passieren. Diese politische Realität habe ich gerade verstanden. Insoweit kommt es jetzt auch nicht mehr so sehr darauf an, welche Zielvorstellung der Senat in seinen internen Beratungen hat, denn das Parlament hat sich gerade auf den Weg gemacht, über die bisherigen Verabredungen hinaus zu kommen, damit unsere Klassenräume komplett ein solches Lüfterangebot haben. Das ist die politische Realität, die wir hier gerade gehört haben. Die Koalition hat das erklärt, die CDU hat das erklärt, die FDP hat das erklärt. Insoweit, glaube ich, hat der Senat jetzt einen Handlungsauftrag und wird den Markt analysieren müssen, möglichst schnell über die 3 000 hinaus, die dankenswerterweise initiativ durch den Senat zu der dritten Tranche hinzugekommen sind, die wir noch vor der Sommerpause angeschoben haben, weitere, die dann vielleicht im Herbst kommen, zu beschaffen. Das ist doch jetzt klar.

Vorsitzende Franziska Becker: Noch mal Frau Stoffers, bitte!

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Zielsetzung ist, einen in einer Pandemie höchstmöglich sicheren Schulbetrieb zu gewährleisten, denn wir wollen alle nicht mehr, dass Schulen geschlossen werden. Wir wollen auch, wenn es möglich ist, wenn das Infektionsgeschehen dies zulässt, keinen Wechselunterricht, sondern wir möchten den Kindern vor Ort Bildung ermöglichen. Da sind Luftreinigungsgeräte auch ein Mittel, um wirksam gegen die Inzidenzen zu kämpfen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Dann komme ich zur Abstimmung. Wer dem Schreiben wie beantragt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die AfD-Fraktion. Damit ist dem zugestimmt.

Ich rufe auf

Punkt 52 der Tagesordnung

Bericht Senat von Berlin – BildJugFam StS B SG Ltg – [1189 AL](#)
vom 01.06.2021

Haupt

**Maßnahme- und Finanzcontrolling zum
Schulbauprogramm**
gemäß Auflage B. 60 a) – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Ich bitte um Wortmeldungen! – Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich habe nur eine Frage. Ich habe noch nicht verstanden, warum verschiedene Maßnahmen noch nicht festgelegt werden konnten, im Sinne von geklärt werden konnte, wer denn, wann immer das Geld zum Bauen bereitsteht, aber grundsätzlich für die geplanten Schulbauten zuständig ist. Ich verstehe, dass das auf jeden Fall nicht förderlich ist für die Geschwindigkeit, in der wir vorwärtskommen. Vielleicht kann mir das noch mal erläutert werden oder aber auch zugesichert werden, dass dieses Problem inzwischen gar nicht mehr besteht und dieses Festlegungsproblem gelöst ist. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Jasper-Winter!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Man könnte auf viele Details eingehen. Eine grundsätzliche Frage stellt sich noch. In der roten Nummer 1189 AL auf Seite 3 wird oben noch mal das Problem besprochen, den Bedarf an Schulplätzen zu ermitteln und dass jetzt ein neues Verfahren voraussichtlich im Frühsommer erfolgen und praktiziert werden soll, damit dieser Bedarf an Schulplätzen besser festgestellt werden kann. Diese Verzahnung mit der Schulbauoffensive ist ja notwendig. Können Sie uns hierzu sagen, ob Sie dazu jetzt neuere Erkenntnisse haben? Wie ist der Stand der Errechnung der Bedarfe?

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE) Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Laut Bericht sollten erste Ergebnisse in Sachen Prüfung der Nachnutzung von Tempohomes im Rahmen der BSO im August 2021 vorliegen. Gibt es da vielleicht schon erste Ergebnisse, die Sie uns mitteilen könnten?

Vorsitzende Franziska Becker: Zur Beantwortung Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam): Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Frage der Zuordnung von Maßnahmen, liebe Frau Remlinger, das ist eine Frage, der wir uns angenommen haben im Rahmen einer NeubauÜDL, die wir erstellt haben. Die nicht zugeordneten Maßnahmen werden derzeit schulfachlich priorisiert, das ist der erste Schritt. Dann wird in einem zweiten Schritt die Grundstücksreife betrachtet und in einem dritten Schritt wird zusammen mit den Bezirken überlegt, ob es hier eventuell einen Tausch mit einer noch nicht baureifen Maßnahme geben kann, die eventuell aber schon zugeordnet ist. Wir haben aus der Liste, die meiner Ansicht nach 38 Maßnahmen betrifft, 25 herauskristallisiert, die für uns

schulfachlich besonders wichtig sind und die dann nach den Prüfschritten, die ich eben vorgebrachten habe, auch zugeordnet werden müssten.

Bezüglich des zweiten Fragekomplexes, hier geht es letztendlich um das Monitoring, um die Platzbedarfe, die in den nächsten Jahren bestehen. Das ist ein Punkt, bei dem wir uns im vergangenen Jahr auf den Weg gemacht haben mit den Berliner Bezirken. Wir haben ganz klar gesagt, dass wir nur im Konsens mit den Bezirken Zahlen festzurren. Wir haben folgende Situation, warum wir hier den Bericht noch nicht vorlegen können: Wir haben noch nicht von allen Bezirken die Rückmeldungen, aber, das ist viel wichtiger, wir haben von zahlreichen Bezirken jetzt die Rückmeldung bekommen, dass wir dringend eine aktuelle Bevölkerungsprognose benötigen, denn die Monitoringgespräche sind auf Basis der Bevölkerungsprognose 2018 erfolgt. Wie wir alle aus diversen Berichten der Finanzverwaltung wissen, Berlin ist meiner Ansicht nach – Herr Verrycken kann mich gleich korrigieren – im letzten Jahr nur um 473 Menschen gewachsen. Das hat erhebliche Veränderungen gebracht. Deshalb brauchen wir für die Berechnung des Monitorings eine aktualisierte Bevölkerungsprognose.

Ich möchte das untermauern anhand unserer eigenen Modellrechnung. Wenn wir die Modellrechnung aus 2020 mit der Modellrechnung der Schülerzahlen aus 2021 vergleichen – unsere Modellrechnung liegt, darauf sind wir relativ stolz, immer nur um 0,2 Prozent, wenn überhaupt, daneben –, dann zeigt sich für die Prognose des Schuljahres 2024/2025 ein Minus von 5 230 Schülerinnen und Schülern. Betrachten wir uns jetzt einen längeren Zeitraum, nämlich das Prognoseschuljahr 2029/2030, dann beträgt das Minus 17 890 Schülerinnen und Schülern. Natürlich wirkt sich das auch auf die Schulplätze aus. Das bedeutet, wir benötigen dringend die neue Bevölkerungsprognose, damit wir zusammen mit den Bezirken – es ist ja bezirkliche Aufgabe aufgrund von § 109 SchulG – einen berlinweiten angepassten Überblick geben können.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Schneider, bitte!

Torsten Schneider (SPD): Ich stimme, wir haben uns hier gerade noch einmal unterhalten, Frau Kollegin Remlinger und ich, zu, dass wir schon geraume Zeit, jedenfalls Frau Remlinger, auf dieses Monitoring zur weiteren fachlichen Verwendung warten. Erst einmal, weil das nicht zum ersten Mal Thema ist, möchte ich, dass wir spätestens in der nächsten Hauptausschusssitzung erfahren, welche Bezirke die abgerufenen Informationen nicht zu Verfügung stellen. Das kann ja nicht wahr sein! Ich kenne auch § 109 SchulG, und zwar sehr genau in anderem Zusammenhang. Mit meiner Vision zu § 109 konnte ich mich bisher nicht durchsetzen, aber na ja. Aber dass für eine Frage von so zentraler Steuerungslogik diese existenziellen Informationen nicht vorhanden sind, ist nicht akzeptabel. Das ist klar. Das höre ich ja heute nicht das erste Mal, dass irgendwelche Bezirke nicht liefern. Bisher war das Verfahren klar, dann saßen die Bezirksbürgermeister hier auf dem Feuerstuhl. Ich habe da keinerlei Hemmungen, Wahl hin oder her. Das ist nicht akzeptabel. Wir versuchen schon, kollegial miteinander umzugehen oder Sie müssen erklären, woran es denn Ihrer Meinung nach hapert, dass Sie nicht wenigstens für den deskriptiven, für den analytischen Teil ihre Zulieferung abliefern. Das kann von mir aus dann immer noch mit einem Wahlkampfschleifchen umschmückt sein, das ist mir vollkommen egal, aber dass es gar nicht gibt, mit dem wir arbeiten können, ist hier in diesem Ausschuss nicht üblich.

Den zweiten Punkt, den höre ich auch nicht zum ersten Mal. Jetzt sind aber durch Wiederholung in einer gewissen Belastbarkeit, was den bisherigen Duktus wachsende Stadt anbelangt. Damit operieren ja auch wir, viele, politisch. Wir hatten vor anderthalb Jahren seichte Hinweise: Achtung, in der Bevölkerungsprognose, brutto, netto, gibt es einen Swing. Jetzt haben wir schon das zweite Jahr, in dem wir feststellen, wir wachsen nicht mehr so, wie das der Fall war als dieser Begriff politische Realität wurde. Damit muss man natürlich umgehen. Wir reden hier über eine Planung, die in die Zukunft projizieren muss. Wir reden hier nicht über wenig. Wenn ich jetzt höre 20 000 Schulplätze mehr oder weniger, dann sind das ja nicht nur 20 000 Euro. Dann hängt eine ganze Menge daran. In der finanzpolitischen Situation, in der sich das Bundesland befindet und befinden wird nach Corona, wo wir noch nicht mal wissen, ob unsere Kreditaufnahmen das alles abbilden, denn als wir das gemacht haben, waren wir gerade in der ersten Welle, dann haben wir im Nachtrag die zweite Welle abgebildet, jetzt reden wir, was weiß ich, von einer vierten, muss man das schon sehr ernst nehmen. Da setzt ja alles auf. Da setzt Verkehrsplanung auf, da setzt ÖPNV auf, da setzt Kita vielleicht am Ende auch noch auf. Deshalb ist es auch nicht akzeptabel, dass wir jetzt vom Senat hören, es gibt keine Bevölkerungsprognose auf der Basis der Daten von 2020. Denn wenn ich höre, Bevölkerungsprognose 2018, bedeutet das, wir haben die Zahlen von 2017. Jetzt haben wir aber im Januar das Jahr 2022. Da fallen doch die politischen Entscheidungen, da sind Haushaltsberatungen, da sind Koalitionsgespräche mutmaßlich zu Ende gegangen, vollkommen einerlei, wer dann hier in welcher Rolle sitzt, aber da werden Entscheidungen anstehen für die Zukunft. Im Januar 2022 stehen Entscheidungen an, und die können nicht auf der Datenbasis einer Bevölkerungsprognose 2018 stattfinden. Das ist meine Überzeugung. Deshalb würde ich das gern im Kontext beleuchten. Erstens sollen die Bezirke bitte sehr liefern, natürlich nur auf der vorhandenen Prognosebasis 2018, was soll denn sonst geschehen, die haben ja nichts anderes.

Zweitens ist das eine herzliche Bitte und Anregung an den Senat: Es ist nicht geeignet, Bevölkerungsprognosen politisch zu betrachten. Das ist Statistik. Wenn es da eine Verabredung geben sollte: Das machen wir mal nach der Wahl –, dazu sage ich, das halte ich für Quatsch. Statistik ist Statistik, es sei denn, man lebt in anderen Staaten. Da mag das dann wieder politisch sein. Aber bei uns ist Statistik Mathematik. Wenn es da technische Schwierigkeiten gibt, kann man das ja aufschreiben. Ansonsten ist das kein Thema, was sich für eine Vertagung eignet. Da bitte ich um eine Beschleunigung, damit wir hier auch belastbar reden.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich kann erneut den Kollegen Schneider nur unterstützen. So kann man tatsächlich nicht miteinander diskutieren. Die Zahlen, die hier mündlich über die Monate berichtet werden, die verändern sich sportlich. Das ist jetzt das erste Mal, dass wir von 17 000 oder 20 000 weniger bis 2030 hören. Mir ist völlig schleierhaft, wo diese Berechnung herkommt, wenn wir das neue Prognosemodell für die Schülerzahlen, das übrigens hoch transparent ist, weil es nicht mehr nachgerechnet werden kann, ich aber definitiv weiß, dass dort auch die Bevölkerungsprognose eingerechnet ist als Berechnungsgrundlage für die Berechnung der Schülerzahlen. Wenn wir aber gar keine neue Bevölkerungsprognose haben, sondern mit der von 2018, die bis 2030 gelten soll, noch arbeiten, dann möchte ich gern diese Zahl, die Sie heute genannt haben, schriftlich haben. Ich weiß nicht, wo die steht. Ich möchte wissen, ob der Senat bereits an einer neuen Bevölkerungsprognose arbeitet und wann die kommt, ganz wie Herr Schneider. Unsere ganzen Diskussionen werden seit Monaten damit

vertröstet. Dann wieder klingt es gar nicht, als sei eine neue in Arbeit. Was jetzt? – Ich glaube nicht an schwächer steigende Schülerzahlen, wenn ich nicht eine valide Datenbasis zu sehen bekomme. Ich möchte dringend davor warnen, dass wir irgendwelche Schulbauanstrengungen schon herunterbremsen, ohne das Parlament transparent einzubeziehen in transparente Datengrundlagen. Es geht um sehr, sehr große Zahlen, das hat Herr Schneider völlig zu Recht gesagt. Jeder hier im Raum, jede und auch ich würde mich freuen, vielleicht nicht für Berlin, wenn Berlin nicht mehr wächst, wenn wir ein Entspannung hätten bei der Schülerversorgungsproblematik. Ich bin ja nicht in Katastrophen verliebt. Ich hätte auch gern ein paar Bürgerinnengespräche weniger zur Frage, wo soll mein Kind eigentlich unterkommen. Ich bin die Erste, die sich freut in diesem Sinne, aber ich habe im Moment kein Vertrauen in Zahlen, die mir nur mündlich berichtet werden und die über die Monate dermaßen variieren, aber immer nur mündlich. Ich möchte jetzt hier und heute vom Senat eine Aussage darüber haben, ob und wie weit wir mit einer neuen Bevölkerungsprognose sind und wann die kommt, oder ob wir hier seit einem Jahr Schatten boxen.

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt hat sich Herr Verrycken gemeldet. – Bitte!

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin): Vielleicht erst einmal vorab: Ich kann mich dem anschließen, was Frau Staatssekretärin Stoffers gerade dargestellt hat, dass ich ausdrücklich zu Protokoll gebe, dass ich bedaure, dass wir keine Bevölkerungsprognose haben, mit der wir im Augenblick arbeiten können. Das ist tatsächlich so, dass ich ohne Probleme darlegen kann, dass ich das seit Anfang des Jahres immer wieder einfordere, Frau Remlinger, im Übrigen das Thema Bevölkerungsentwicklung in zahlreichen internen Runden immer wieder thematisiert habe. Die Zahl – [Zuruf] – wie bitte? – schlecht zu verstehen –, die hier genannt worden ist von Frau Stoffers ist in der Tat erschreckend. 467 Menschen sind zugezogen laut Statistischem Landesamt, Stand 10. Februar 2021, öffentlich einsehbar, Basis das Melderegister. 467 macht im Vergleich zu, da schließe ich mich Herrn Schneider ausdrücklich an, den Hochphasen der wachsenden Stadt, 2016 plus 60 000, noch nicht einmal mehr 1 Prozent Wachstum aus. Im Vergleich zu den 60 000 liegen wir jetzt 99 Prozent unter der Zahl von 2016. Ich glaube, dass das in der Tat eine gewisse Implikation ist, mit der wir arbeiten müssen. Ich sage es noch mal: Ich bedaure es ausdrücklich, schließe mich Herrn Schneider eins zu eins an, auch den Ausführungen von Frau Remlinger, halte es für absolut erforderlich, dass insbesondere für den Doppelhaushaltsplan in der zweiten Runde, der dann im Senat und auch hier im Abgeordnetenhaus eingereicht wird, entsprechend valide Zahlen vorliegen, und schließe mich auch Frau Stoffers an angesichts der Tatsache, dass der Investivbereich, insbesondere des Schulbaus, mit der größte ist, den das Land Berlin hier anfasst, dass insbesondere hier auch das Thema valide Zahlen eine wichtige Grundlage für all die Entscheidungen ist, die wir in den nächsten Tagen und Wochen gemeinsam miteinander treffen müssen, spätestens aber die nächste Koalition zu treffen hat.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Klein!

Hendrikje Klein (LINKE): Danke! Zum einen möchte ich darauf hinweisen, dass meine Frage zu den Tempohomes noch nicht beantwortet worden ist. Zum anderen möchte ich kurz darauf einsteigen: Es ist ja nicht so, dass wir allein durch den Zuzug mehr Schülerinnen und Schüler in Berlin haben. Es gibt ja auch noch Kinder, die hier in Berlin geboren werden und die Statistik sagt, dass 2020 ungefähr genauso viel geboren wurden wie 2019. Da haben wir jetzt irgendwie keinen eklatanten Rückgang. Wenn ich bei mir in den Bezirk gucke, wo ich

am besten über die Lage der Zahl der Schülerinnen und Schüler informiert bin, ist es immer noch so, dass es zu wenig Schulplätze gibt, regulär sozusagen, wie wir uns das vorstellen. Jetzt nur die Bevölkerungsprognose, die da fehlt, die nicht perfekt aktualisiert ist, wir mit einer etwas veralteten Vor-Corona-Prognose arbeiten, zum alleinigen Problem zu machen, finde ich ein bisschen schwierig. Wir haben aktuell immer noch Probleme, wir sind dabei, die zu lösen und darauf sollten wir unser Augenmerk auch weiterhin legen, dass diese Probleme gelöste werden.

In Lichtenberg sollten über 300 Schülerinnen und Schüler anderthalb Stunden Schulweg für weiterbildende Schulen in Kauf nehmen, von Lichtenberg nach Halensee, weil nichts Besseres gefunden wurde. Das hat auch noch mit Kommunikationsproblemen zu tun, wie es in so einer großen Stadt häufiger der Fall ist, aber wir haben immer noch Probleme und die Schulen sind immer noch nicht alle gebaut, die wir brauchen und die wir auch künftig brauchen. Dann auf zehn Jahre zu verweisen, gehört mit dazu, ist aber nicht das alleinige Problem, was wir hier haben.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Vielen Dank! – Ich habe mich gefragt, weil jetzt mehrfach bekundet worden ist, dass wir alle etwas hätten, was aber offenbar nicht möglich ist, es aufzuliefern, wo jetzt die besondere Herausforderung liegt in der Erstellung einer Bevölkerungsprognose. Jetzt muss ich ganz ehrlich gestehen: Ich kann mich an ganz viele Ausführungen seitens der Senatsverwaltung für Finanzen erinnern, die immer wieder darauf hingewiesen und gesagt hat: Diese Stadt wächst im Moment nicht. Das hat für uns Folgen, wenn es um die Einnahmen im Bereich Steuern geht. – Wir haben uns erlaubt, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es vielleicht nicht so schön ist, neue Wohnungen für Familien nur in Brandenburg entstehen zu lassen, dabei kommt nämlich das eine mit dem anderen heraus. Nichtsdestotrotz wäre es – das versteh ich jetzt nicht so ganz – doch wirklich entscheidend wichtig, mal eine Prognose zu erstellen mit unterschiedlichen Faktoren, das korreliert ja sicherlich miteinander, weil natürlich – jetzt sind wir wieder an dem Punkt, an dem wir heute früh schon einmal waren – jede Vermietungsvorlage damit begründet worden ist, dass wir enorm gewachsen als Stadt Berlin. Gewachsen ist aber nur der Quadratmeterverbrauch pro Verwaltung und sonst ist überhaupt nichts mehr gewachsen in den letzten zwei Jahren. Wir wissen genau, dass es sich nie wieder so abbauen wird, sollte es jetzt wirklich weniger werden in der Bevölkerung.

Natürlich ist der Hinweis von Frau Klein richtig, dass der Zugang an Schülerinnen und Schülern nicht nur vom Bevölkerungszuzug oder -abzug abhängt, sondern auch von der Geburtenzahl. Es muss aber doch möglich sein, das aufzuliefern. Insofern verstehe ich nicht ganz, wo darin das Problem besteht. Vielleicht kann man einmal gemeinsam eruieren, wo wir unseren Wunsch abgeben können, dass diese Bevölkerungsprognose jetzt erstellt wird.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Der Senat hat ja offensichtlich verschiedene und unterschiedlich ausgestaltete Wünsche an diese Bevölkerungsprognose, so will ich es einmal formulieren. Der Senat hat Wünsche an die Bevölkerungsprognose, so scheint es zu sein. Wir wissen ja auch aus leidvoller Erfahrung, dass man eine Bevölkerungsentwicklung nicht allein aus dem Saldo der Zuzüge und Wegzüge erstellen und dann einfach extrapoliieren kann. Dieser Fehlschluss

hat sich auch schon mal in erheblicher Größenordnung einnahmerelevant in Berlin ausgewirkt. Zu der Frage, ob man eine zweijährige Entwicklung des Saldos von Zuzügen und Wegzügen über neun Jahre extrapoliieren und darüber ein bestehendes Schulplatzdefizit wegrechnen kann, dazu sage ich: Der Methode misstraue ich. Deswegen muss sich der Senat in der Tat auf eine Prognose verständigen. Da ist er gemeinsam unter fachlichen Gesichtspunkten in der Pflicht, dies zu tun. Aber jetzt hier sozusagen Zahlen durch die Gegend zu werfen, ohne dass er sich auf eine Prognose verständigt hat, das finde ich im hohen Maße verwirrend, finde ich auch nicht hilfreich. Deswegen würde ich darum bitten, dass sich der Senat auf eine Prognose verständigt.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Verrycken!

Staatssekretär Fréderic Verrycken (SenFin): Ich würde in der Tat das klare Votum des Hauptausschusses gemeinsam mit Frau Stoffers hoch erfreut Richtung Senat mitnehmen. Ich habe jetzt verstanden, dass wir uns, glaube ich, alle einig sind, dass wir eine Bevölkerungsprognose brauchen, und zwar zeitnah. Das freut mich sehr. Es gibt natürlich zwei unterschiedliche Zahlen, mit denen wir agieren. Die eine ist die Ist-Zahl. Die ist im Zweifelsfall leider Gottes deprimierend, aber eben auch vielleicht sogar verlässlicher als eine Prognose. Deswegen habe ich es auch gewagt, sie zu zitieren, Herr Zillich, die 467, die ich mir nicht ausgedacht habe, sondern es geht hier um die Zahlen, die das Statistische Landesamt entwickelt hat und bei denen es nicht nur darum geht, dass Menschen zu- und wegziehen, sondern insgesamt das Bevölkerungswachstum. So lese ich die Zahlen im Augenblick. Insofern haben wir eine andere Situation als wir sie 2016 hatten. Selbst wenn es hier 150 mehr wären, sind wir nicht mehr bei den 60 000, sondern wir sind in einer anderen Situation als vor einiger Zeit. Insofern herzlichen Dank an Frau Meister, dass sie sich auch daran erinnern kann, dass wir hier das eine oder andere Mal eine ähnliche Diskussion miteinander hier hatten, weil ich immer das Gefühl habe, ich erzähle hier etwas, aber vielleicht erinnere ich mich falsch. Aber wenn es nicht nur mir so geht, dass ich mich erinnere, beruhigt mich das sehr.

Lange Rede kurzer Sinn: Wir nehmen das mit. Wir sprechen selbstverständlich als Gesamtsenat und sind bemüht so schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass Zahlen, Daten, Fakten auf den Tisch gelegt werden, die nicht nur das Thema Schule unterfüttern, sondern vielleicht auch die verschiedenen anderen von Ihnen beispielhaft zu Recht zitierten anderen Themenfelder.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich muss trotzdem noch einmal nachfragen. Wir diskutieren ja nicht zum ersten Mal und uns war die neue Bevölkerungsprognose, die wir für unsere Diskussion und den Kita- und Schulplatzausbau unterlegen wollten, für das Frühjahr versprochen. Die letzten Bevölkerungsprognosen, die ich kenne, ich weiß jetzt nicht, wo da Meinungsunterschiede liegen könnten, was damit gemeint sein könnte im Sinne von, dass meines Wissens die letzte Bevölkerungsprognose von 2018 stammt, die davor war von 2015, also ging ich bei den bisherigen Versprechungen, dass wir eine neue Bevölkerungsprognose bekommen, von diesem Dreijahreszyklus aus. Deshalb hielt ich die Erwartung, dass wir im Frühjahr 2021 die neue Bevölkerungsprognose bekommen, für realistisch, habe das so nicht hinterfragt, sondern nur darauf gewartet und würde auch davon ausgehen, dass diese, auf die wir warten, mit derselben Methodik erstellt wird wie die, die 2015 erschien und die, die 2018

erschien. Ich glaube, die davor war 2012. Wo ist sie also? Ist sie noch gar nicht in Arbeit, frage ich mich bei den Ausführungen des Senats gerade, wenn der Senat sagt, er nimmt unseren Wunsch nach einer Bevölkerungsprognose mit? Das klingt danach als würde man dann mal darüber reden, ob man eine beginnt. Vielleicht lassen wir dies jetzt so im Raum stehen. Ich möchte den Senat auch nicht dauernd zu Äußerungen zwingen, die er nicht machen kann. Aber vielleicht verstehen Sie vor diesem Hintergrund, warum wir in der Tat wenig Humor haben, solche Entwarnungszahlen durch die Welt zu jagen, nach zwei Coronajahren, die sicher nicht unbedingt die Menschheit dazu gebracht haben, quer durch die Republik umzuziehen, wenn wir in der Tat aber vorgeführt werden bei unserem Wunsch, Datengrundlagen zu bekommen, und das seit einem Jahr. Wenn das Ding nicht kurz vor Erscheinen ist, dann haben wir miteinander ein Kommunikationsproblem.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Das wird jedenfalls bei mir als eine denkwürdige Hauptausschusssitzung abgespeichert, weil ich permanent mit Frau Remlinger einer Meinung bin, einerseits, und ausnahmsweise einmal mit Kollegen Zillich mal nicht einer Meinung bin, andererseits. Dass es in derselben Regierung unterschiedliche Erwartungshaltungen an eine statistische Prognose gibt, das kenne ich aus meiner minderjährigen Vergangenheit, das hieß da Fünfjahresplan. Ich habe genau die gegenteilige Erwartung. In derselben Regierung gibt es auch dieselben Erwartungen, nämlich statistische Wahrheit, basierend auf wissenschaftlichen, mathematischen Methoden, an eine Prognose. Da kann ich mich Frau Kollegin Remlinger anschließen, das ist ja nun nicht das erste Mal, dass eine Bevölkerungsprognose erstellt wird, das ist im Dreijahresrhythmus. Wir wollen nur nicht, dass die vertagt wird. Ich habe gar kein Interesse, die nächste Woche zu bekommen, nicht mal ein Interesse, die vor dem 26. September zu bekommen, weil mir das einerlei ist, aber ich habe ein Interesse – ich glaube, das sollten wir alle gemeinsam haben, insoweit werde ich da redundant –, dass wenn hier politische, neue politische Entscheidungen getroffen werden, sagen wir mal zu Beginn des neuen Jahres, dass die dann mit auf einheitlicher Erwartungshaltung basierenden mathematischen Wahrheit getroffen werden, weil sie viel zu groß sind, als dass da Wünsch-dir-was vonstattengehen kann. Die politischen erforderlichen Ableitungen sind viel zu groß.

Dann habe ich aber noch eine Sache: Ich kenne Animositäten, Schwierigkeiten und Befindlichkeitsstörungen und ich kenne auch Dinge, die ich mir politisch anders wünsche, zum Beispiel, dass niemand aus Halensee nach Lichtenberg fahren muss oder aus Pankow nach Zehlendorf. Ich habe gehört, dass es solche „Verschiffungen“ gibt. Aber dass wir ein Schulplatzdefizit hätten, dass also Kinder auf dem Tempelhofer Feld Drachen steigen lernen, statt ihrer Schulpflicht nachzukommen, das ist mir unbekannt. Insoweit ist es bisher jedenfalls nach meinem Kenntnisstand so, wie es in jedem Jahr war in den 15 Jahren, die ich hier im Parlament bin, nachdem sich das alles zusammengeschoben hat und die Klagen, und was da sonst noch ist. Das ist doch normal. Ich habe auch schulpflichtige Kinder, zwei, und ein Kitakind. Es hatte jedenfalls jedes Kind einen Schulplatz. Nicht immer den, der erträumt war, das muss man schon immer noch geradeaus sagen. Trotzdem, ich bin sogar bereit, Draufgaben politisch zu diskutieren, also zum Beispiel auch im höheren Bereich über kieznahe Schulplätze usw. als familienfreundlich nachzudenken. Trotzdem ist die Analyse jetzt der zentrale Punkt. Die muss kommen, und zwar mit einer objektiven Situation. Wir müssen darauf vertrauen können, und dann können wir politisch diskutieren: Müssen wir mehr in Lichtenberg bauen? –, machen wir Schuleinzugsgebiete auch für größere Kinder und was da alles kommt. Dann kommt die

Schulqualitätsdebatte obendrauf. Aber Politik als Wünsch-dir-was oder auf einer Datenbasis, bei der Größenordnung, die nun mal eindeutig überholt ist, das haben doch jetzt alle Wortbeiträge gezeigt, wird nicht funktionieren.

Jetzt hat der Senat schon gesagt, er hat auch diesen Auftrag verstanden. Er hat jetzt zwei Aufträge. Mir ist nämlich gerade zugeflüstert worden, hinsichtlich der Luftfilter gebe es vielleicht auch Missverständnisse, deshalb sage ich es jetzt noch einmal deutlich: Das Abgeordnetenhaus, auf die eine oder andere Weise, wird den Senat beauftragen und vom Senat fordern, für jeden Klassenraum Lüftungsgeräte gegen Covid-19 anzuschaffen, sobald es denn geht. Punkt. Damit es jetzt keine Missverständnisse mehr gibt, will ich dazu auch ein Wortprotokoll haben, zu diesem Punkt und dem davor. Das ist hier der Konsens, wie ich ihn verstanden habe. Wenn er nicht verstanden wurde, dann machen wir doch so einen Parlamentsantrag.

Zweitens: Jedenfalls die SPD-Fraktion regt an, wünscht sich, will ich jetzt ja nichts beschleunigen, was es vielleicht aus diversen Gründen nicht schnell genug geht, dass wir eine aktuelle Bevölkerungsprognose bekommen, über das Schulplatzthema hinaus. Das war aber ein berechtigter Ausgangspunkt. Schöne Sitzung, Frau Kollegin Remlinger. Zwei Pankower haben dieselbe Meinung.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich halte fest, ein Wortprotokoll wurde für diesen Tagesordnungspunkt beantragt. Und habe ich das, Herr Schneider, richtig verstanden, auch für den vorherigen oder reicht es für diesen. – [Torsten Schneider (SPD): Luftfilter machen wir auch!] – Okay. Also dann ist das so. – Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Ich will die Harmonie gar nicht stören, aber ich dachte als Fachfremder darf ich vielleicht die ganz blöden Fragen stellen. Ich will erst einmal vorwegschicken: Ich habe eigentlich nur eine Erwartungshaltung an solche Statistiken oder Prognosen, nämlich dass sie der Wirklichkeit möglichst nahekommen. Dass sie mit der Wirklichkeit nicht deckungsgleich sind, mithin nicht objektiv, das ist so. Statistik mag eine exakte Wissenschaft sein, aber es gibt immer ein erkenntnisleitendes Interesse. Es ist immer die Frage: Was fließt ein? Was fließt nicht ein? Deswegen gibt es auch den blöden Spruch: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hat. – [Torsten Schneider (SPD): Skatspieler sagen: Wer schreibt, der bleibt!] – Vielleicht müssen wir es auch mal sagen: Diese Zahlen sind politisch. Sie waren immer politisch, schon als ich nach Berlin gekommen bin, waren die politisch. Mit der Metropole, sieben Millionen, womit dann bestimmte Bauprojekte begründet wurden oder eben nicht. – Olympia, ja! – Ich kann mich auch jetzt des Eindrucks nicht ganz verwehren, dass es politisch ist, auch im Kontext eines Wahlkampfes und der Frage der Verantwortung, wozu ich behaupten würde, die hat Politik ohnehin insgesamt. Aber da gibt es Opposition und Regierung und da gibt es zwei Häuser, das ist ja auch ganz interessant, dass es da hin und her geht nach dem Motto: Wer muss da eigentlich was liefern? Bildung? – Nein, SenStadtWohn und umgekehrt. Ich weiß nicht, ob das wirklich zielführend ist.

Ich komme zu meiner wirklich bescheuerten Frage, ist sie vermutlich, das meine ich ganz ernsthaft: Ich habe bis heute nicht verstanden – und da bin ich mir mit Jochen Esser übrigens einig, auch interessant, das kommt auch nicht immer vor –, warum die Zahlen, die eben die Kollegin Klein angesprochen hat, nicht am Ende Zahlen sind, mit denen man arbeiten kann. Ich rede von den Geburten. Ich würde die These aufstellen, dass die in der Vergangenheit auch nicht viel schlechter lagen als die diversen Prognosen. Und die Prognosen waren immer

schlecht. Ich erinnere noch als ich angefangen habe, Politik zu machen, Jugendhilfeausschuss Friedrichshain-Kreuzberg, Kitabedarfsplanung, meilenweit daneben. Ich glaube auch nicht, dass das ein Friedrichshain-Kreuzberger Problem war. Da mag es bestimmt Abweichungen geben. – [Zuruf] – Bestimmt, bestimmt! In Pankow war die bestimmt auf das Kind genau. – Mich würde das wirklich interessieren. Ich habe da auch keine Erhebungen gemacht, behauptete das einfach mal ganz frech. Warum, verdammt noch mal, arbeiten wir nicht mit diesen Zahlen? – Da wird es auch mal Abweichungen geben, da wird dann zu spät gemeldet. Vielleicht ist da sogar mal ein Zahlendreher in der Meldung von Bezirk X oder Klinik Y drin, aber es sind Zahlen, wo wir uns wahrscheinlich relativ schnell einig werden, dass die in dem Sinne objektiv sind, wie man das Wort versteht. Nochmal: Wenn die zumindest im Durchschnitt auch nicht falscher sind als alle Prognosen, die wir in den vergangenen Jahren mit unterschiedlichsten Kriterien, Kategorien, Rechenmethoden und Co. aufgestellt haben, dann sei diese, nochmal, dämliche Frage vielleicht auch erlaubt. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Nachdem hier allseits das gemeinsame Ziel formuliert worden ist und die Erwartungshaltung an den Senat, würde ich aufgrund der Erfahrungen in diesem Hause, die man über die Jahre gesammelt hat, darum bitten, dass wir zur letzten Sitzung einen Zwischenbericht vom Senat bekommen, in dem man uns darstellt, wer mit welchen Ressourcen an welcher Stelle an der Erarbeitung dieser Prognose arbeitet. Ansonsten ist das Zutrauen, dass der gemeinsame Wille zeitnah umgesetzt wird, bei mir, ich bitte um Nachsicht, nicht ganz vorhanden ist. Realistischerweise unabhängig davon, wer nach dieser Wahl im September regiert, braucht er eine verlässliche Datengrundlage für die Koalitionsverhandlungen auf jeden Fall schon im Oktober, damit man seriös überlegen kann, wie es denn weitergehen soll. Diesen Zeithorizont bitte ich hier, mitzunehmen und vielleicht auch einzuarbeiten in die Zeitleiste, die uns am 8. September mit vorgelegt wird. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Für das Protokoll halte ich fest, diesen Bericht zum 8. September, zur letzten Sitzung, vom Senat. – Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Ich glaube, dass wir uns natürlich einig darin sein müssen, dass wir eine möglichst verlässliche Planungsgrundlage haben. Um die zu bekommen, gibt es unterschiedliche Wege. Der Senat wird sich auf einen Weg verständigt haben. Es gibt einerseits immer mal wieder die Bevölkerungsprognose und zum anderen eine Fortschreibung derselben aufgrund bestimmter statistischer Geschichten. Da sind die Geburten ein Weg, da ist der Meldesaldo ein Weg, da gibt es aber, wie wir leider wissen, auch andere Korrekturverfahren. Jedenfalls wäre ein Punkt schwierig, und da will ich jetzt nachfragen, dass man quasi das Verwaltungshandeln einstellt, solange man sagt: Wir brauchen erst einmal eine neue Bevölkerungsprognose, bevor wir weitermachen. Deswegen würde mich interessieren, wie die überbezirkliche Priorisierung von Baumaßnahmen stattfindet, ob diese Priorisierung im Moment auch die Frage, womit man anfängt, an diesen Diskussionen über die Bevölkerungsprognose hängt, ob es an dieser Stelle Schwierigkeiten oder Blockaden gibt.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Ich finde es sogar überaus klug, auch Geburten, die ja tatsächlich stattfinden, zu betrachten. Das ist ja gar nicht unklug, denn die sind ja mutmaßlich nach einem

Jahr in der Kita, nach vier oder maximal fünf weiteren Jahren in der Schule. – Aber, Kollege Zillich, ich möchte für uns jedenfalls klarstellen: Ich rede nicht von irgendeiner Fortschreibung. Ich rede von dem Verfahren der letzten 20 Jahre. Wenn ich Frau Remlinger richtig verstanden habe, gab es alle drei Jahre eine Bevölkerungsprognose. Ich möchte die gleiche Methodik angewandt wissen, wie immer sich da die Karten gelegt wurden. Wenn ich die Bildungsverwaltung richtig verstanden habe, prognostiziert sie ja gerade Geburten und nimmt für sich in Anspruch da nur um 0,2 Prozent abzuweichen – habe ich gehört, nicht zum ersten Mal, höre ich hier ständig –, also viel genauer zu sein mit ihrer Ermittlung auf der Basis von real vorhandenen Kindern und diese Art der Bildungsverwaltungsschätzung, das ist das Problem, was ich habe, sagt mir jetzt: 20 000 Kinder weniger in der Dekade. So habe ich das verstanden. Deshalb habe ich auch ein Wortprotokoll beantragt. Das ist nicht unter meiner Wahrnehmungsschwelle. Wenn jetzt eine Bevölkerungsprognose das bestätigt, dann haben wir genau die Datengrundlage, die ich spätestens für das nächste Jahr voraussetzen muss als politischer Mensch, unabhängig von der Frage, was man damit macht, weil man sonst Voodoo macht, um den Kollegen Esser zu zitieren. Das fand ich einen schönen Wortbeitrag, also nicht inhaltlich, das war ja Oppositionsrede, aber der Begriff war ganz gut und der geht mir jetzt auch wieder leichter von der Zunge in gewissen Zusammenhängen. Das will ich hier nicht ausführen. Das eine schließt das andere gar nicht aus.

Die Frage allerdings, wie es mit der Priorisierung – – Selbstverständlich kann es auch nach unserer Auffassung jetzt keinen Stopp von Baumaßnahmen und den dafür erforderlichen Entscheidungen geben. Ich weiß, dass es da Schwierigkeiten gibt, das hängt mit dem verfügbaren Volumen zusammen und dass wir es gemeinsam teurer machen, mit Umweltstandards und sonst was. Das ist ja klar. Das kann aber doch nicht das ersetzen, was hier gerade das zentrale Thema war. Mir ist vollkommen schnuppe, wer da mit welchem Interesse was macht. Ich weiß ja auch, habe ich mir sagen lassen, dass es da auch Verabredungen im Senat gibt. Die sind nur seit heute irrelevant, um das mal so deutlich zu sagen, weil das, was da verabredet ist, für mich zu spät ist, für jeden Politiker eigentlich zu spät sein sollte und zu spät kommen wird, weil wir dann eine Datenleiste haben, nachdem politische Entscheidungen verabredet wurden. Das gehört sozusagen zu den Axiomen, die ich für mich ausschließen kann.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich wollte nur noch mal sicherstellen, dass wir uns nicht in den falschen Fragestellungen verheddern. Es gibt einen klaren Grund, warum die Monitoringgespräche nicht protokolliert werden können, das ist der Dissens zwischen den Bezirken und dieser neuen Zahlenfestsetzung im Hinblick darauf, wie die Bedarfe sind. Dieser Dissens ist schwer auflösbar mit dem neuen Verfahren, wo eben die Zahlengrundlagen nicht klar sind, nachdem man das Verfahren geändert hat, wo der Städtebau mit einberechnet wurde. Das berühmte WoFIS-Verfahren, das war eines, da wussten alle, wie wir hinkommen und dass wir hinkommen, weil wir beim Schulbau nun auch ein bisschen regional betrachten müssen. Herr Schneider hat es auch gesagt, gewisse Dinge müssen wir politisch einen. Ist es okay, wenn Kinder aus Lichtenberg oder aus Pankow nach Wannsee fahren? –, was das nicht nur für die Fahrzeit bedeutet, sondern für den Leistungsdruck, dem die Kinder schon in der 1. Klasse ausgesetzt werden, weil die Panik so groß ist, dass man nach Wannsee versetzt wird, wenn man nicht einen Schnitt von 1,0 hat. Gewisse Setzungen müssen wir politisch machen. Welche Form von Überfüllung von Schulen ist okay, weil das immerhin ein Platz ist? Welche Reisezeit ist okay, weil die BVG so toll ist? Das können wir alles politisch setzen. Aber ein

veritables Problem haben wir auf der Ebene, wenn wir unsere Daten nicht regionalisieren, weil ich ein Grundschulkind aus Pankow gar nicht nach Wannsee schicken darf. Deshalb waren es, die Städtebaufragen einzubeziehen, höchst sinnvoll, weil wir dafür eine relevantes Verfahren hatten und weil Wohnungsbau ungefähr so lange dauert wie Schulbau. Da hat man sogar die Chance, dass man das gleichzeitig fertig bekommt. Jetzt haben wir einen Datensalat, über den das Land mit den Bezirken seit zwei Jahren diskutiert. Nein, wir kommen allein mit den Geburtenzahlen nicht hin. Aber das will ich jetzt gar nicht vertiefen. Natürlich sind die ein wichtiger Teil des Ganzen. Aber was nicht weitergehen kann, ist, dass wir mit diesem Datensalat nochmal ewige Zeiten verlieren und ich darf noch mal meine Unzufriedenheit äußern – höflicher kann ich nicht sein –, als dass uns eine Bevölkerungsprognose für März versprochen war und die jetzt offensichtlich noch gar nicht in Arbeit ist. So etwas darf sich ein Hauptausschuss gar nicht gefallen lassen. Ich weiß bloß nicht, was man da machen kann, außer dass es im Wortprotokoll steht. Ich sage ausdrücklich, dass ich keine Zahl von Ihnen glaube im Moment, ob 5 000 oder 17 000 weniger, weil Sie sie nicht belegen und weil wir keinen Grund mehr haben, da zu vertrauen.

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt noch mal Frau Stoffers!

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam): Ganz herzlichen Dank! – Ein bisschen kann ich das nachvollziehen. Allerdings möchte ich mich eins zu eins den Worten meines Kollegen Verrycken anschließen. Ich habe mehrfach in Taskforce-Sitzungen darauf hingewiesen, dass wir eine neue Bevölkerungsprognose brauchen, um hier aussagekräftig zu sein. Es gibt im Übrigen keinen Dissens mit den Bezirken über das Verfahren, aber es gibt den Dissens, das, was momentan an Daten daliegt, anders anzuerkennen. Die Bezirke, zumindest einige, sind der Auffassung, dass man eine Aktualisierung der Bevölkerungsprognose brauche. Ich schließe mich der Auffassung an aufgrund unserer Schülerzahlmodellrechnung. Diese ist auch veröffentlicht und zwar in „Blickpunkt Schule“, auf unsere Website jedes Jahr. Dort kann man gut nachlesen, wie sich die Schülerzahlen minimieren.

Ich habe noch eine offene Frage gehabt und zwar zu Tempohomes. Hier ging es um die Frage der Nachnutzung für schulische Zwecke. Wir haben dazu eine Projektvereinbarung mit der BIM unterschrieben. Es gibt drei Pilotplanungen, die sind im Verfahren. Die EVU wird dazu gerade erstellt und die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung diesbezüglich durchgeführt. Zusätzlich gibt es noch ein Pilotprojekt in Spandau, das ist die Grundschule an der Haveldüne. Diesbezüglich sind im kommenden Jahr die Ergebnisse zu erwarten.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Damit ist der Bericht rote Nr. 1189 AL zur Kenntnis genommen.